



UNGLEICHHEIT IN DOPPELTER DOSIS

PHARMA-UNTERNEHMEN UND DIE KRISE DER CORONA-
IMPFSTOFFE

AMNESTY INTERNATIONAL ist eine weltweite Bewegung von zehn Millionen Menschen, die sich für Veränderungen einsetzt, damit wir alle unsere Menschenrechte genießen können. Unsere Vision ist eine Welt, in der die Regierenden ihre menschenrechtlichen Versprechen einhalten, das Völker-recht respektieren und zur Rechenschaft gezogen werden, wenn sie dies nicht tun. Wir sind unabhängig von jeder Regierung, politischen Ideologie, von wirtschaftlichen Interessen oder Religionen und finanzieren uns haupt -sächlich über Mitgliedsbeiträge und private Spenden. Wir glauben, dass solidarisches Handeln unsere Gesellschaften zum Besseren verändern kann.

© Amnesty International 2020

Except where otherwise noted, content in this document is licensed under a Creative Commons (attribution, non-commercial, no derivatives, international 4.0) licence.
creativecommons.org/licenses/by-nc-nd/4.0/legalcode

For more information please visit the permissions page on our website:

www.amnesty.org

Where material is attributed to a copyright owner other than Amnesty International this

material is not subject to the Creative Commons licence.

First published in 2020

by Amnesty International Ltd

Peter Benenson House, 1 Easton Street

London WC1X 0DW, UK

Index: POL 40/4621/2021

Original language: English

amnesty.org



Cover photo: A woman walks past the entrance of a vaccination centre that was shut due to Covid-19 coronavirus vaccine stock shortage in Mumbai on 9 July 2021. (Photo by PUNIT PARANJPE/AFP via Getty Images)

AMNESTY
INTERNATIONAL 

© Amnesty International 2020

Except where otherwise noted, content in this document is licensed under a Creative Commons (attribution, non-commercial, no derivatives, international 4.0) licence.

creativecommons.org/licenses/by-nc-nd/4.0/legalcode

For more information please visit the permissions page on our website:

www.amnesty.org

Where material is attributed to a copyright owner other than Amnesty International this

material is not subject to the Creative Commons licence.

First published in 2020

by Amnesty International Ltd

Peter Benenson House, 1 Easton Street

London WC1X 0DW, UK

Index: POL 40/4621/2021

Original language: English

amnesty.org



Cover photo: A woman walks past the entrance of a vaccination centre that was shut due to Covid-19 coronavirus vaccine stock shortage in Mumbai on 9 July 2021. (Photo by PUNIT PARANJPE/AFP via Getty Images)

AMNESTY
INTERNATIONAL



CONTACT US



info@amnesty.org



+44 (0)20 7413 5500

JOIN THE CONVERSATION



www.facebook.com/AmnestyGlobal



[@Amnesty](https://twitter.com/Amnesty)

ZUSAMMENFASSUNG

Die schnelle Entwicklung wirksamer Corona-Impfstoffe sorgte 2020 in den schlimmsten Tagen der tödlichen Pandemie weltweit für Hoffnung. Der effektivste Weg aus dieser beispiellosen Gesundheits- und Menschenrechtskrise besteht darin, möglichst vielen Menschen so schnell wie möglich Zugang zu einer Impfung zu verschaffen. Die kleine Gruppe von Unternehmen, die diese Impfstoffe in Rekordzeit entwickelt haben, hätte heldenhaft sein können und müssen, indem sie die Impfdosen fair in der ganzen Welt verteilt und alle erforderlichen Maßnahmen ergreift, um die Produktion hochzufahren.

Der Bericht *A DOUBLE DOSE OF INEQUALITY: PHARMA COMPANIES AND THE COVID-19 VACCINES CRISIS* geht dem nach, was die großen Impfstoffhersteller aus dem Westen stattdessen taten, indem sie in ihren Geschäftsentscheidungen einige wenige wohlhabendere Länder begünstigten und gleichzeitig andere Hersteller an der Produktion eigener Impfstoffe hinderten. Dies führte zu einer vorhersehbaren – und künstlich verursachten – Impfstoffknappheit im Rest der Welt.

Während Europa, die USA und eine Handvoll anderer Staaten den Lockdown aufheben und sich im Sommer 2021 über Urlaub freuen konnten, gerieten Teile Afrikas, Asiens und Lateinamerikas erneut in eine Krise, durch welche die nur unzureichend ausgestatteten Gesundheitssysteme an den Rand des Abgrunds gebracht und jede Woche Zehntausende vermeidbare Todesfälle verursacht wurden.

Natürlich ist dies nicht allein auf Maßnahmen und Versäumnisse der Pharmaindustrie zurückzuführen. Reiche Staaten haben die verfügbaren Impfdosen aufgekauft und gehortet. Die Impfstoffhersteller waren jedoch maßgeblich beteiligt an der Begrenzung der weltweiten Impfstoffproduktion und der Behinderung des fairen Zugangs zu einem lebensrettenden Medizinprodukt. Impfstoffhersteller haben geistiges Eigentum monopolisiert, den Transfer von Technologie verhindert und eine aggressive Lobbypolitik gegen Maßnahmen für den Ausbau der globalen Produktion einiger Impfstoffe betrieben, und das, obwohl sie Milliarden US-Dollar an staatlichen Unterstützungen und Vorbestellungen erhalten haben, so dass praktisch keine Risiken mehr bestanden, wie sie normalerweise mit der Entwicklung von Arzneimitteln verbunden sind. Einige Unternehmen – Pfizer, BioNTech und Moderna – haben ihren Impfstoff bisher nahezu ausschließlich an wohlhabende Länder geliefert und so ihren Profit über den Zugang zu Gesundheit für alle gestellt.

Der Weg zu einer schnelleren und gerechteren Impfstoffverteilung ist klar. Das Bündnis *People's Vaccine Alliance*, zu dem auch Amnesty International gehört, hat die Schritte skizziert, die erforderlich sind, um Impfstoffe schnell im großen Maßstab zu produzieren und für alle Menschen weltweit kostenlos verfügbar zu machen. Die Weltgesundheitsorganisation (WHO) hat mehrere Initiativen gestartet, um Staaten und Unternehmen dazu zu bringen, Ressourcen zu bündeln, um die Produktion und die faire Verteilung von Corona-Impfstoffen zu beschleunigen. Aber eine Reihe reicher Staaten und mächtiger Unternehmen sind nach wie vor nicht bereit, an diesen Initiativen mitzuarbeiten, und gefährden so deren Wirksamkeit.

MASSNAHMEN ZUR RESSOURCENBÜNDELUNG

Die WHO hat zusammen mit anderen Institutionen mehrere Initiativen gestartet, um Staaten und Unternehmen dazu zu bringen, ihre Ressourcen zu bündeln und die faire Verteilung von Corona-Impfstoffen zu beschleunigen – allerdings nur mit begrenztem Erfolg:

- Die **COVAX-Initiative** fungiert als globaler Beschaffungs- und Verteilungsmechanismus, über den die verfügbaren Dosen unabhängig vom Einkommensniveau an die teilnehmenden Länder verteilt werden können. Ursprünglich sollten im Rahmen dieser Initiative bis Ende 2021 zwei Milliarden Dosen zur Verfügung gestellt werden, doch wurden bis Anfang September erst 243 Millionen Dosen ausgeliefert.
- Der von der **WHO geleitete Covid-19 Technology Access Pool (C-TAP)** wurde geschaffen, um geistiges Eigentum, Daten und Herstellungsprozesse zu bündeln, Produktionslizenzen für andere Hersteller bereitzustellen und den Technologietransfer zu beschleunigen. Bis heute hat jedoch noch kein einziger Impfstoffhersteller Patente oder Know-how über C-TAP freigegeben.
- Im April 2021 verkündete die WHO die Absicht, auch die Einrichtung von Zentren für den Transfer der **mRNA-Impfstofftechnologie** erleichtern und Herstellern in Ländern mit niedrigem und mittlerem Einkommen entsprechende Schulungen anbieten zu wollen. Im Juni 2021 gab die WHO bekannt, dass das erste Zentrum in Südafrika eingerichtet werden soll.

UNTERNEHMEN TRAGEN VERANTWORTUNG FÜR DIE WAHRUNG DER MENSCHENRECHTE

Alle Unternehmen haben die Pflicht, wo immer sie in der Welt auch tätig sind, die Menschenrechte zu achten. Diese Pflicht bedeutet vor allem, dass sie als Unternehmen „niemandem Schaden zufügen“ dürfen. Sollten sie feststellen, dass sie die Ursache von Menschenrechtsverletzungen sind, müssen sie diese schädlichen Handlungen unverzüglich einstellen und Abhilfe schaffen.

Dieser weithin anerkannte Standard für erwartetes Verhalten ist auch in den UN-Leitprinzipien für Wirtschaft und Menschenrechte und den OECD-Leitsätzen für multinationale Unternehmen festgelegt. Die unternehmerische Verantwortung für die Achtung der Menschenrechte besteht unabhängig von den Menschenrechtsverpflichtungen des Staates und geht über die Einhaltung nationaler Gesetze und Vorschriften zum Schutz der Menschenrechte hinaus.

Für Impfstoffhersteller bedeutet die Verantwortung zur Achtung der Menschenrechte, dass sie Richtlinien entwickeln und implementieren sollten, die darauf ausgerichtet sind, hochwertige Corona-Impfstoffe verfügbar, zugänglich und erschwinglich zu machen. Sie sollten dafür sorgen, dass sie keine Hindernisse schaffen und von allen Maßnahmen absehen, die die Fähigkeit der Staaten, allen Menschen Corona-Impfstoffe zur Verfügung zu stellen, unnötig beeinträchtigen.

Amnesty International hat sechs der Unternehmen bewertet, die derzeit das Schicksal von Milliarden von Menschen in der ganzen Welt in ihren Händen halten. Dabei handelt es sich um AstraZeneca plc, BioNTech SE, Johnson & Johnson, Moderna, Inc., Novavax, Inc. und Pfizer, Inc. Dies waren gemessen an den Liefervereinbarungen für Impfdosen laut der Ressource „COVID-19 Vaccine Market Dashboard“ der UNICEF die sechs größten Impfstoffentwickler im Juli 2021.

- AstraZeneca ist ein britisch-schwedisches Pharmaunternehmen, das einen von der Universität Oxford entwickelten Impfstoff gegen das Coronavirus herstellt und vertreibt.
- Johnson & Johnson ist ein multinationaler Konzern mit Hauptsitz in New Jersey (USA). Seine 100%ige Tochtergesellschaft, die in den Niederlanden ansässige Janssen Vaccines & Prevention B.V., hat einen Vektorimpfstoff gegen das Coronavirus entwickelt, bei dem es sich um einen Einmalimpfstoff handelt.
- Moderna ist ein Biotech-Unternehmen aus Cambridge (US-Bundesstaat Massachusetts).
- Novavax ist ein Biotech-Unternehmen mit Hauptsitz in Maryland in den USA. Anders als die anderen in diesem Bericht bewerteten Impfstoffentwickler hat Novavax für seinen Impfstoffkandidaten noch keine Zulassung erhalten.
- Pfizer ist ein multinationales Pharmaunternehmen mit Hauptsitz in New York und hat sich mit dem Impfstoffentwickler BioNTech aus Mainz zusammengeschlossen.

Auf der Grundlage der UN-Leitprinzipien für Wirtschaft und Menschenrechte und anderer Standards hat Amnesty International eine Bewertung der einzelnen Unternehmen im Hinblick auf die von ihnen veröffentlichte Menschenrechtspolitik, ihre Preisgestaltung, ihr Vorgehen in den Bereichen geistiges Eigentum, Wissens- und Technologietransfer, die globale Verteilung verfügbarer Impfstoffdosen und ihre Transparenz vorgenommen.

Vor der Veröffentlichung wurde jedes der Unternehmen von Amnesty International angeschrieben. Fünf Unternehmen – AstraZeneca, BioNTech, Johnson & Johnson, Moderna und Pfizer – haben geantwortet, ebenso die institutionellen Investoren Baillie Gifford, BlackRock

and UBS. Amnesty International hat die Antworten geprüft (s. Anhang des Gesamtberichts) und die bereitgestellten Informationen in seinen Bewertungen entsprechend berücksichtigt.

Darüber hinaus hat Amnesty International die von den einzelnen Unternehmen veröffentlichten Menschenrechtsrichtlinien, Nachhaltigkeitsberichte, Jahresberichte, Unternehmensberichte und Pressemitteilungen, Aussagen in den Medien sowie Sekundärquellen im Zusammenhang mit der Impfstoffeinführung geprüft. Die Daten zu Impfstoffverkäufen, Lieferverpflichtungen, Produktionslizenzvereinbarungen und Vertrieb stammen von Airfinity, einem Unternehmen für wissenschaftliche Informationen und Analysen, sowie aus den Covid-19-Dashboards von UNICEF und WHO und anderen Sekundärquellen. Die Zahlen zu den weltweiten Todesfällen und Impfungen stammen aus dem Datenprojekt „Our World in Data“ der Universität Oxford.

In diesem Bericht werden die russischen und chinesischen Unternehmen, die erfolgreich Impfstoffe entwickelt haben, nicht im Detail bewertet. Da es hinsichtlich ihrer Tätigkeit an Transparenz mangelt, ist ein umfassender Vergleich mit den anderen Unternehmen nicht möglich.

MENSCHENRECHTSRICHTLINIEN

AstraZeneca, Johnson & Johnson, Pfizer und BioNTech berufen sich in den von ihnen veröffentlichten Menschenrechtslinien auf die UN-Leitprinzipien für Wirtschaft und Menschenrechte. Dies ist bei den Menschenrechtsrichtlinien von Moderna nicht der Fall. Novavax hat eine Erklärung veröffentlicht, in der das Unternehmen auf sein Engagement für einen gerechten Zugang zu Impfstoffen verweist, die Menschenrechte aber nicht erwähnt. Alle Unternehmen sind jedoch hinter ihren erklärten menschenrechtlichen Zielen zurückgeblieben, und in einigen Fällen klafft eine große Lücke zwischen Rhetorik und Realität.

GERECHTE PREISE

AstraZeneca und Johnson & Johnson haben sich verpflichtet, Impfstoffe für den Pandemie-Notfall auf nicht gewinnorientierter Basis zu produzieren; mangelnde Transparenz hinsichtlich der tatsächlichen Produktionskosten und externer Finanzierungsquellen erschweren eine vollständige Bewertung dieser Verpflichtungen jedoch. Die Preise dieser Unternehmen liegen im branchenweiten Vergleich jedoch im unteren Bereich. Im Gegensatz dazu haben Pfizer/BioNTech und Moderna höhere Preise für ihre Impfstoffe verlangt und damit erhebliche Gewinne erzielt. Prognosen von Airfinity zufolge belaufen sich die voraussichtlichen Umsätze der drei Unternehmen für 2021/22 aus dem Verkauf von Covid-19-Impfstoffen auf über 130 Milliarden US-Dollar. Novavax hat noch nicht mit der Auslieferung seines Impfstoffs begonnen und kann daher in die Preisbewertung nicht einbezogen werden.

FREIGABE VON GEISTIGEM EIGENTUM UND TECHNOLOGIE

Alle bewerteten Unternehmen haben es bisher abgelehnt, sich an international koordinierten Initiativen zu beteiligen, die darauf abzielen, die weltweite Impfstoffversorgung durch die gemeinsame Nutzung von Technologien wie C-TAP und Hubs für mRNA-Impfstoffe gegen Covid-19 zu verbessern. Alle haben sich auch gegen Vorschläge zur Lockerung der Regeln für geistiges Eigentum ausgesprochen, wie sie von Indien und Südafrika in den WTO-Rat für handelsbezogene Aspekte der Rechte an geistigem Eigentum (TRIPS) eingebracht wurden. Keines der Unternehmen hat globale, nicht exklusive Lizenzen an andere Unternehmen ausgegeben. Johnson & Johnson sieht sich in der Lage, „den Schutz der Menschenrechte in unserem Einflussbereich positiv zu beeinflussen“. Das Unternehmen weigert sich jedoch seit Februar 2021, dem kanadischen Unternehmen Biolyse eine Lizenz zu erteilen oder Technologie an dieses weiterzugeben. Biolyse geht davon aus, 20 Millionen Impfstoffdosen pro Jahr für den Export nach Bolivien herstellen zu können, und hat zugesagt die gesamte Erwachsenenbevölkerung des Landes mit Impfstoff zu versorgen. Nach der Weigerung von Johnson & Johnson beantragte Biolyse eine Zwangslizenz. Die kanadische Regierung hat bisher jedoch noch nicht reagiert, und die Corona-Impfstoffe wurden noch immer nicht in die Liste der Gesundheitsprodukte aufgenommen, die für Zwangslizenzen in Frage kommen. AstraZeneca hat hingegen erklärt, Technologie und Wissen mit über 20 Kooperationspartnern in 15 Ländern, darunter im Rahmen von vier regionalen Unterlizenzvereinbarungen in Brasilien, China, Indien und Russland, zu teilen.

GLOBALE IMPFSTOFFVERTEILUNG

Pfizer hat erklärt, „eine faire und gerechte Verteilung“ sei von Anfang an „oberstes Ziel“ des Unternehmens gewesen; BioNTech hat erklärt, dass es seine Impfstoffe „so schnell wie möglich weltweit zur Verfügung stellen“ will; und Moderna hat sich verpflichtet, „wirksame und bezahlbare Impfstoffe und Therapeutika für alle Bevölkerungsgruppen bereitzustellen“. Dennoch haben Pfizer/BioNTech und Moderna bisher nahezu all ihre Impfstoffdosen an Länder mit einem höheren Einkommen ausgeliefert. Anfang September waren 98% der bisherigen Lieferungen von Pfizer/BioNTech für 2021 für Länder mit hohem und gehobenem mittlerem Einkommen bestimmt. Das Gleiche gilt für 88% der bisherigen Auslieferungen von Moderna.

Johnson & Johnson hat bisher 79% seiner Lieferungen an Länder mit hohem und gehobenem mittlerem Einkommen getätigt. Die geplanten Lieferungen an COVAX und die Afrikanische Union würden jedoch bedeuten, dass die Aufträge für das Jahr mit 53% ausgeglichener sind, sollte das Unternehmen seinen Verpflichtungen nachkommen. Im Gegensatz dazu gingen bei AstraZeneca etwa 34% der Lieferungen in Länder mit hohem und gehobenem mittlerem Einkommen.

Pfizer/BioNTech und Moderna haben bisher nur einen sehr kleinen Teil ihrer aktuellen Produktion an die COVAX-Initiative geliefert. Die meisten derzeit zugesagten Dosen werden erst im Jahr 2022 geliefert – lange nachdem es in vielen ärmeren Regionen weitere verheerende tödliche Covid-19-Ausbrüche gegeben haben wird. Nur 3,4% der Produktion von Moderna im Jahr 2021 und 8% der Produktion von Pfizer/BioNTech sind für COVAX bestimmt. Novavax hat eine wesentlich verantwortungsvollere Entscheidung getroffen und mehr als 60% des bisher vereinbarten Liefervolumens für COVAX reserviert.

TRANSPARENZ

Eines der größten Hindernisse bei der Gewährleistung eines gerechten Zugangs zu Corona-Impfstoffen ist die mangelnde Transparenz. Sie macht es unmöglich, Verträge, Preisgestaltung, Technologie- und Wissenstransfer genau zu erfassen und zu optimieren. Und doch hat keines der bewerteten Unternehmen seine tatsächlichen Produktionskosten, die einzelnen Kostenpositionen, externe Finanzierungsquellen, die in verschiedenen Ländern verlangten Preise, Vertragsbedingungen oder Informationen über Preisnachlässe, Spenden und Vorbestellungsgarantien vollständig offengelegt.

ALLGEMEINE BEWERTUNG

Obwohl die Impfstoffentwickler behaupten, die Menschenrechte zu achten, sind sie alle – in unterschiedlichem Maße – ihrer Verantwortung nicht gerecht geworden. Durch ihre Handlungen und Versäumnisse haben sie letztendlich Menschenrechtsverletzungen verursacht oder dazu beigetragen, dass Milliarden von Menschen unter dem fehlenden Zugang zu Covid-19-Impfstoffen leiden müssen. Unternehmen haben durch ihre Entscheidungen, geistiges Eigentum und Technologie nicht zu teilen, Menschenrechtsverletzungen verursacht und zu Verletzungen der Rechte auf Leben und Gesundheit beigetragen, indem sie wiederholt den Großteil ihrer knappen Bestände an wohlhabendere Länder verkauft haben, oft mit erheblichem Gewinn.

Pfizer/BioNTech und Moderna verlangen für ihre Impfstoffe hohe Preise und haben nahezu alle bisher gelieferten Impfdosen (anders als zugesagt) an Länder mit hohem Einkommensniveau geliefert. Damit haben sie ihren Profit über den Zugang zu lebenswichtigen Arzneimitteln gestellt. Trotz des enormen Potenzials des Einmalimpfstoffs von Johnson & Johnson für die ärmeren Teile der Welt hat sich das Unternehmen nur langsam über die Länder mit hohen und oberen mittleren Einkommen hinaus bewegt und Bemühungen zur Freigabe der Lizenz für seine Technologie aktiv behindert. Wenn Novavax in der Lage ist, seine bedeutenden Verpflichtungen zur Belieferung von COVAX einzuhalten, wäre dies ein wichtiger Impuls für das System und würde den fairen Zugang zu wichtigen Arzneimitteln unterstützen. Während AstraZeneca für seine Herangehensweise an die Krise Anerkennung gebührt, erfordert das Ausmaß des globalen Gesundheitsnotstands wesentlich umfassendere Maßnahmen von Seiten aller Impfstoffhersteller, auch von AstraZeneca, das sich Maßnahmen zur Freigabe von geistigem Eigentum, Technologie und Know-how bisher widersetzt hat.

Im November 2020 mahnte eine Gruppe von UN-Menschenrechtsexpert_innen, dass „wirtschaftlicher und privater Nutzen nicht über das Recht auf Leben und Gesundheit von Milliarden von Menschen gestellt werden dürfen“ und dass Unternehmen „es unterlassen sollten, negative Auswirkungen auf die Rechte auf Leben und Gesundheit zu verursachen oder dazu beizutragen, indem sie sich auf ihre geistigen Eigentumsrechte berufen und wirtschaftlichem Gewinn Vorrang einräumen“. Bedauerlicherweise fanden diese Worte jedoch keine Beachtung.

DIE ZEHN GRÖSSTEN INSTITUTIONELLEN INVESTOREN

Institutionelle Investoren, die in die Impfstoffherstellung investieren, haben auch Menschenrechtsverpflichtungen. Im Rahmen dieses Berichts hat Amnesty International die zehn größten Investoren in diesem Bereich ermittelt. Dabei handelt es sich größtenteils um Investmentfonds und Banken aus den USA, die zusammen Anteile im Wert von mehr als 250 Milliarden US-Dollar der bewerteten Impfstoffunternehmen halten. Größter Investor ist die Vanguard Group Inc., die Aktien im Gesamtwert von mehr als 66 Milliarden US-Dollar an AstraZeneca, Johnson & Johnson, Moderna, Novavax und Pfizer hält. BlackRock Inc. hat mehr als 62 Milliarden US-Dollar in Anteile aller sechs bewerteten Unternehmen investiert.

Diese Investoren und Anlageverwaltungen müssen das Ausmaß bewerten, mit dem diese Unternehmen Menschenrechtsverletzungen verursachen oder durch ihre Krisenstrategie dazu beitragen. Sobald sie negative Auswirkungen erkannt haben, sollten sie mit den jeweiligen Unternehmen Kontakt aufnehmen und ihren Einfluss geltend machen, um die Folgen zu mildern.

Was die Corona-Impfstoffe anbetrifft, ist der Einfluss dieser kleinen institutionellen Investorengruppe beträchtlich. Zwar hält bzw. verwaltet keiner von ihnen mehr als 10% an einem Unternehmen, doch spielen sie angesichts des Umfangs ihrer gemeinsamen Beteiligungen und ihrer Gesamtportfolios in der gesamten Branche eine wichtige Rolle bei den Impfstoffentwicklern. So halten sie gemeinsam 23,5% der Anteile an AstraZeneca, 27,9% der Anteile an Johnson & Johnson, 24,7% der an Moderna, 17,4% der an Novavax und 32,7% der Anteile an Pfizer.

Einige Investoren haben zumindest teilweise eingesehen, dass sie versuchen müssen, auf die Impfstoffhersteller einzuwirken. Fast 150 institutionelle Anleger schlossen sich im Februar 2021 einem öffentlichen Aufruf an die Pharmaunternehmen an, „eine faire und gerechte globale Antwort auf die Pandemie“ zu unterstützen. In Gesprächen mit Amnesty International erkannten Baillie Gifford, BlackRock und UBS zwar ihre menschenrechtliche Verantwortung im Zusammenhang mit der Pharmaindustrie an, von den zehn größten Investoren oder Anlageberatungen hat jedoch keiner bzw. keine diesen Aufruf unterzeichnet.

SCHLUSSFOLGERUNGEN UND WICHTIGE EMPFEHLUNGEN

Die höchst ungleiche Verteilung von Covid-19-Impfstoffen weltweit zeigt, dass die Staaten nicht die notwendigen Schritte unternommen haben, um sicherzustellen, dass Corona-Impfstoffe ohne Diskriminierung für alle in guter Qualität verfügbar, zugänglich und erschwinglich sind, wie es ihren internationalen Menschenrechtsverpflichtungen entsprechen würde.

Anstatt konkrete Maßnahmen zu ergreifen, um den weltweiten Zugang zu Covid-19-Impfstoffen zu gewährleisten, haben die Staaten, die dazu in der Lage wären, die Entscheidungen über Verfügbarkeit, Zugänglichkeit und Erschwinglichkeit weitgehend den Unternehmen überlassen. Wie dieser Bericht zeigt, bedeutet das Versäumnis der Unternehmen, alle ihnen zur Verfügung stehenden Maßnahmen zu ergreifen, um einen fairen weltweiten Zugang zu Covid-19-Impfstoffen zu erreichen, dass diese Unternehmen ihrer menschenrechtlichen Verantwortung nicht nachgekommen sind und dadurch Menschenrechtsverletzungen verursacht und zu diesen beigetragen haben.

Für eine gerechte und schnelle Verteilung der Impfstoffe müssen die Hersteller den Schutz ihrer Patente aufheben, indem sie globale, offene und nicht-exklusive Lizenzen erteilen oder sich an C-TAP beteiligen. Sie müssen ihr Wissen und ihre Technologie weitergeben und geeignete Hersteller, die sich an einer Aufstockung der Produktion von Corona-Impfstoffen beteiligen wollen, entsprechend schulen. Sie sollten davon Abstand nehmen, ihren Einfluss auf Regierungen zu nutzen, um Maßnahmen zur Vereinfachung der Freigabe von geistigem Eigentum und Technologie zu blockieren, wie etwa die vorgeschlagene vorübergehende Aussetzung des TRIPS-Abkommens der Welthandelsorganisation.

Im Hinblick auf eine faire Preispolitik dürfen die Unternehmen ihre wirtschaftlichen Interessen nicht über ihre Verantwortung für die Menschenrechte stellen. Profit darf nicht dazu führen, dass Staaten nicht mehr in der Lage sind, den Zugang zu Impfstoffen zu gewährleisten. Alle Unternehmen müssen der Verbesserung der Verfügbarkeit von Impfstoffen in weniger wohlhabenden Regionen und Ländern Vorrang einräumen. Dazu müssen sie einen beträchtlichen Teil ihrer Produktion im Jahr 2021 für die COVAX-Initiative sowie für andere Programme zur Bereitstellung von Impfstoffen für einkommensschwächere Länder, wie z. B. die von der Afrikanischen Union koordinierten Initiativen, reservieren und hier während des gesamten Jahres 2022 eine konstant hohe Zahl an Lieferungen gewährleisten. Transparenz bei allen Aspekten der Impfstoffentwicklung und -bereitstellung ist entscheidend, um die Bereitstellung von Impfstoffen zu optimieren und deren faire Verteilung zu gewährleisten.

Da es mit marktorientierten Modellen allein kaum möglich sein wird, wichtige Arzneimittel im Einklang mit internationalen Menschenrechtsstandards bereitzustellen, sind strengere Gesetze und Bestimmungen erforderlich, insbesondere in Bezug auf die Zugänglichkeit und Erschwinglichkeit, um zu gewährleisten, dass Staaten und Unternehmen ihren menschenrechtlichen Verpflichtungen nachkommen.

100-TAGE-COUNTDOWN

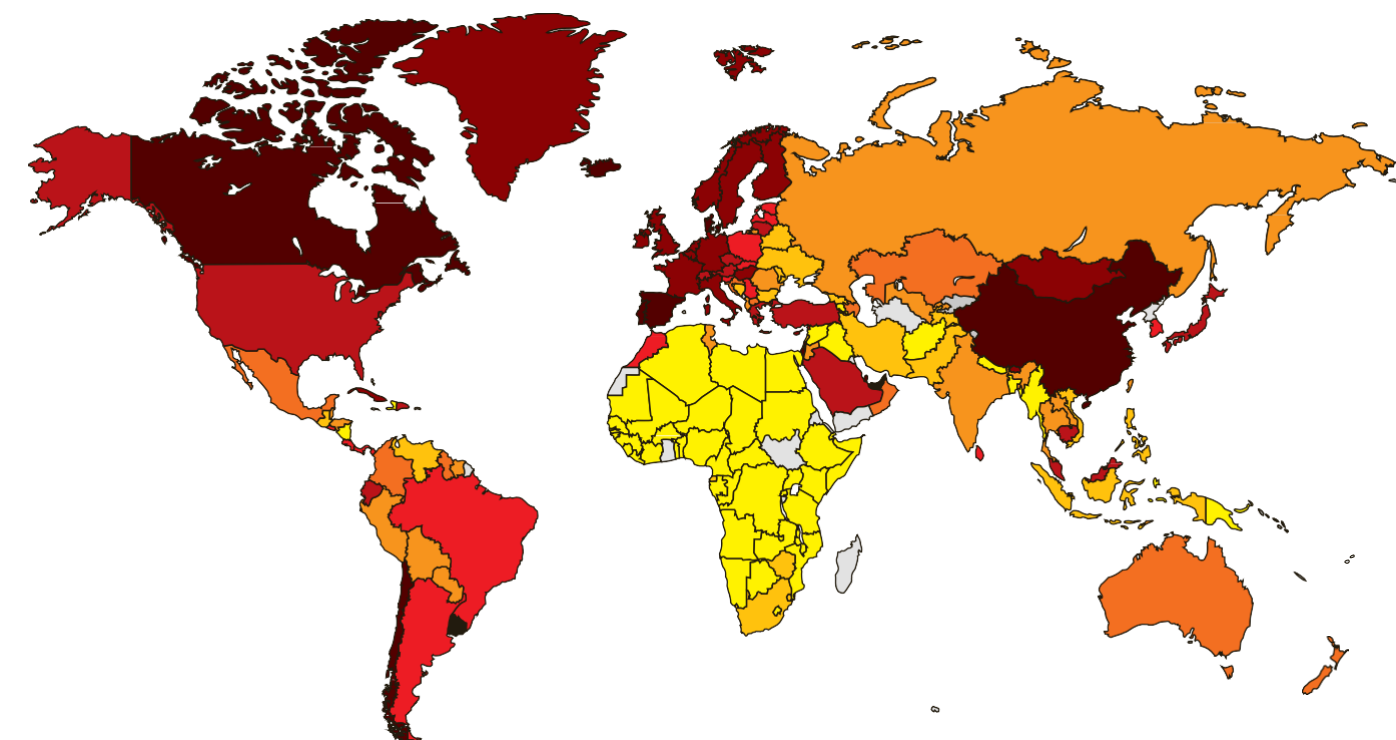
Im Juli setzte eine von führenden Vertreter_innen der WHO, der WTO, des IWF und der Weltbank eingesetzte Arbeitsgruppe das Ziel, bis Ende 2021 40% der Menschen in Ländern mit niedrigem und mittlerem Einkommen zu impfen, um sie und andere vor Covid-19 zu schützen. 100 Tage vor Ende des Jahres sind weniger als 10% der Menschen in diesen Ländern vollständig geimpft, und jede Woche sterben Zehntausende von Menschen.

Da die Welt sich in einer kritischen Phase der Pandemie befindet, ruft Amnesty International Staaten und Pharmaunternehmen dazu auf, in den nächsten 100 Tagen 2 Milliarden Impfdosen an 82 Länder mit niedrigem und mittlerem Einkommen zu liefern, um weitere 1,2 Milliarden Menschen vollständig zu impfen. Um dieses Ziel zu erreichen, müssen Unternehmen und Staaten einen radikal anderen Ansatz bei der Zuteilung von Impfstoffen verfolgen: Die Unternehmen müssen 50% ihrer Produktion an Länder mit niedrigem und mittlerem Einkommen verteilen, vorzugsweise über die COVAX-Initiative oder andere multilaterale Initiativen; die Staaten müssen dringend Hunderte von Millionen überschüssiger Impfstoffe, die sich derzeit in ihren Beständen befinden, umverteilen. Nur durch konzertierte, koordinierte Aktionen werden Staaten und Unternehmen in der Lage sein, die Lücke zu schließen.

Grafik 2: Impfrate - Weltkarte

Corona-Impfdosen pro 100 Personen

Bei Impfstoffen, die in mehreren Dosen verabreicht werden müssen, wurde jede Dosis gezählt. Da dieselbe Person mehrere Dosen erhalten haben kann, kann die Anzahl der Dosen pro 100 Personen über 100 liegen.



keine Angaben 0 20 40 60 80 100 120 140 160 180



Quelle: Our World in Data (2. September 2021)



INDEX: POL 40/4621/2021
MONTH/YEAR SEPTEMBER 2021
LANGUAGE: ENGLISH

amnesty.org

AMNESTY
INTERNATIONAL



SCHLUSSFOLGERUNGEN UND EMPFEHLUNGEN

Die gegenwärtige Struktur des internationalen öffentlichen Gesundheitswesens lässt es zu, dass private Akteure eine wesentliche Rolle bei der Entwicklung, Herstellung und Verteilung von Medikamenten spielen. Der Schutz internationaler geistiger Eigentumsrechte räumt den Herstellern von Medikamenten eine sehr einflussreiche Position ein, auf deren Grundlage sie entscheiden können, ob und unter welchen Umständen andere Unternehmen bzw. Länder lebenswichtige Corona-Impfstoffe entwickeln und herstellen können. Die Impfstoffentwickler – oftmals äußerst profitable Unternehmen – müssen sich bei Geltendmachung dieses Einflusses auf ihre menschenrechtliche Verantwortung besinnen.

Einige Pharmaunternehmen konzentrieren sich zuvorderst auf Gewinnmaximierung. Der „Business-as-usual“-Ansatz dieser Firmen ist inmitten einer globalen Gesundheitskrise, bei der Gesundheit und Leben von Millionen Menschen auf dem Spiel stehen, nicht zu verantworten. Ihr Ansatz trägt nicht zur Bewältigung der globalen Gesundheitskrise bei, auch wenn Firmen wie AstraZeneca und Johnson & Johnson sich verpflichtet haben, Impfstoffe während der Pandemie zum Selbstkostenpreis abzugeben. Stattdessen hat dieser Ansatz dazu geführt, dass sich geistige Eigentumsrechte, Fachkenntnisse, Technologie, Profit und Impfdosen im Globalen Norden ansammeln, während sich im Globalen Süden die Corona-Krise weiter zuspitzt.

Konzerne müssen davon absehen, existierende geistige Eigentumsrechte geltend zu machen. Sie müssen globale, offene und nicht-exklusive Lizenzen für ihre Patente, Fachkenntnisse und andere firmeneigene Technologien ausgeben oder dem gemeinsamen Technologie-Pool der WHO (*Covid-19 Technology Access Pool – C-TAP*) beitreten. Sie sind aufgefordert, ihr technisches Wissen weiterzugeben und qualifizierte Hersteller zu schulen, um die weltweite Versorgung mit Corona-Impfstoffen zu maximieren. Keinesfalls sollten sie Einfluss auf Regierungen nehmen, um Maßnahmen zur Erleichterung der gemeinsamen Nutzung von geistigem Eigentum und anderen Technologien – wie der Antrag auf Aussetzung bestimmter Vorgaben des TRIPS-Abkommens (TRIPS Waiver) – zu blockieren. Was die Preisgestaltung angeht, so dürfen Firmen ihre wirtschaftlichen Interessen nicht über ihre menschenrechtlichen Verpflichtungen stellen. Die Fähigkeit von Staaten, genügend Impfdosen bereitzustellen, darf nicht durch Profitinteressen beeinträchtigt werden. Priorität für alle Unternehmen muss es sein, eine bessere Verfügbarkeit von Impfstoffen in ärmeren Ländern und Regionen sicherzustellen, indem sie einen beträchtlichen Anteil ihrer Produktion für 2021 an die Covax-Initiative weitergeben und Covax auch 2022 stark unterstützen. Transparenz in allen Bereichen der Entwicklung und Vergabe von Impfstoffen ist unentbehrlich für die Angebotsoptimierung und eine faire Impfstoffverteilung.

Langfristig gesehen können Modelle, die einzig und allein vom Markt diktiert werden, lebenswichtige Medikamente niemals fair verteilen. Es werden strengere Gesetze und Vorschriften benötigt, insbesondere bezüglich Erschwinglichkeit und fairen Zugangs, damit Staaten und Konzerne ihren jeweiligen menschenrechtlichen Verpflichtungen und Verantwortlichkeiten gerecht werden können. Staaten müssen dafür sorgen, dass geistige Eigentumsrechte dem Recht auf Gesundheit nicht im Weg stehen. Dies bedeutet unter anderem, den bei der Welthandelsorganisation (WHO) eingereichten TRIPS-Waiver zu befürworten, den gemeinsamen Technologie-Pool der WHO (*Covid-19 Technology Access Pool – C-TAP*) zu unterstützen und Bedingungen für staatliche Zuwendungen zu erlassen, damit Pharmaunternehmen ihr technisches Wissen an andere Hersteller weitergeben. Darüber hinaus müssen Staaten ihre Gesetze, Maßnahmen und Praktiken über geistiges Eigentum prüfen und gegebenenfalls abändern, damit diese die Wahrnehmung des Rechts auf Gesundheit nicht behindern.

Die Welt tritt in eine kritische Phase der Pandemie ein. Amnesty International startet daher eine Kampagne, um sowohl Staaten als auch Pharmaunternehmen aufzufordern, ihren Worten Taten folgen zu lassen und in den letzten 100 Tagen des Jahres 2021 die Anzahl der bereitgestellten und zugesagten Impfdosen für einkommensschwächere Länder erheblich zu erhöhen. Um dieser Herausforderung gerecht zu werden, fordert Amnesty International die Unternehmen auf, mindestens 50% aller neuen Impfdosen an die Covax-Initiative abzugeben, einkommensschwächere Länder in künftigen bilateralen Abkommen zu priorisieren, und die lokale Produktion in ärmeren Gegenden durch die Weitergabe von geistigem Eigentum und technischem Wissen zu beschleunigen.

Amnesty International fordert Impfstoffentwickler auf:

- In den letzten 100 Tagen des Jahres 2021 50% ihrer Produktion von Covid-19-Impfstoffen an Länder mit niedrigem und mittlerem Einkommen zu liefern, vorzugsweise über internationale und regionale Mechanismen wie COVAX, und sicherzustellen, dass die Lieferungen auch im Jahr 2022 und darüber hinaus gerecht verteilt sind.
- Ihrer menschenrechtlichen Sorgfaltspflicht nachzukommen und potenzielle und tatsächliche negative menschenrechtliche Auswirkungen in Verbindung mit ihren Corona-Impfungen zu identifizieren, zu verhindern, abzumildern und transparent zu bewältigen.
- Die Impfstoffvergabe auf der Grundlage menschenrechtlicher Überlegungen vorzunehmen, wie z. B. dem Ausmaß der Pandemie im jeweiligen Land, der Funktionsfähigkeit des jeweiligen Gesundheitssystems, der Impfquote und dem Grundsatz der Nichtdiskriminierung.
- Mit den Einkäufern ihrer Corona-Impfstoffe vertragliche Flexibilität bezüglich Lieferfristen zu vereinbaren, damit Impfstoffe z. B. im Fall von plötzlichen Corona-Ausbrüchen, die schnell bewältigt werden müssen, zeitnah in die entsprechenden Risikogebiete ausgeliefert werden können.
- Geistiges Eigentum weiterzugeben, indem sie offene und nicht-exklusive Lizenzen vergeben oder sich an C-TAP beteiligen und alle Liefer- und Zahlungsbedingungen öffentlich darlegen.
- Ihr kodifiziertes und nicht-kodifiziertes technisches Wissen weiterzugeben und qualifizierte Hersteller zu schulen, die sich der besseren weltweiten Versorgung mit Corona-Impfstoffen und der Diversifizierung verschrieben haben, durch die Teilnahme an C-TAP und ggf. der Nutzung der von der WHO eingerichteten Hubs zum Technologietransfer.
- Die Preise ihrer Impfdosen so zu gestalten, dass Profit kein Hindernis beim Zugang zu Corona-Impfstoffen darstellt. Ländern mit niedrigem und mittlerem Einkommen mindestens für die Dauer des globalen Gesundheitsnotstandes die Impfstoffe zum Selbstkostenpreis zukommen zu lassen.
- Ihre Preis- und Vergabepolitik zeitnah und barrierefrei öffentlich einsehbar zu machen, einschließlich der tatsächlichen Produktionskosten, einzelner Kostenpositionen, externer Finanzierungsquellen, Preise für verschiedene Länder entsprechend welcher Vertragsbedingungen, sowie Informationen über Preisnachlässe, Spenden und Vorbestellungsgarantien.
- Es Ankaufsstaaten zu erlauben, jeglichen Impfdosenüberschuss an andere Länder zu verkaufen oder zu spenden, auch als Spenden über NGOs oder die WHO, ohne das vorherige Einverständnis des Impfstoffentwicklers zu verlangen oder andere Einschränkungen wie z. B. Freistellungsklauseln zu verhängen.
- Den Geist der Erklärung von Doha zum TRIPS-Abkommen und zur öffentlichen Gesundheit (2001) zu respektieren und Initiativen für den verbesserten Zugang zu Produkten zum Schutz gegen Covid-19, wie den Antrag bei der WHO auf Aussetzung bestimmter Vorgaben des TRIPS-Abkommens (TRIPS Waiver), nicht zu blockieren.
- Keine weitere Lobbyarbeit gegen Initiativen für eine vermehrte Herstellung und ein größeres Angebot an Impfstoffen sowie für die gerechte Verteilung von Impfdosen, wie zum Beispiel den TRIPS Waiver und die WHO-Mechanismen zum Technologieaustausch, zu betreiben.
- Wiedergutmachung für jegliche Menschenrechtsverstöße zu leisten, die sie verursacht haben, an denen sie beteiligt waren oder mit denen sie direkt in Verbindung gebracht werden.

Amnesty International fordert die institutionellen Investoren, die Aktien von Impfstoffentwicklern halten oder managen, auf:

- Ihre Investitionen sorgfältig auf die Einhaltung der Menschenrechte zu überprüfen. Dies umfasst:

- a. Die fortlaufende Überwachung der menschenrechtlichen Auswirkungen der Corona-Impfstoffe ihrer Entwicklungsunternehmen sowie umgehende Maßnahmen zur Vermeidung negativer Folgen, zur Risikominderung und zur Wiedergutmachung jeglichen angerichteten Schadens.
- b. Die Veröffentlichung der im Rahmen ihrer menschenrechtlichen Sorgfaltspflicht durchgeführten Handlungen sowie der ergriffenen Maßnahmen zur Wiedergutmachung von Schäden und Minderung von Risiken bezüglich der Corona-Impfstoffe ihrer Investitionsempfänger.
- c. Das Einfordern öffentlicher jährlicher Berichte der Impfstoffentwicklungsunternehmen über deren menschenrechtliche Sorgfaltspflicht, einschließlich Rechnungslegung über die Bewältigung etwaiger negativer menschenrechtlicher Auswirkungen in Verbindung mit ihren Corona-Impfungen.
- d. Die Forderung, dass die Impfstoffentwicklungsunternehmen, deren Anteile sie halten, einen eigenen Sorgfaltspflichtprozess umsetzen, um potenzielle und tatsächliche menschenrechtliche Auswirkungen in Verbindung mit der Entwicklung, der Produktion, dem Handel und der Verteilung ihrer Corona-Impfstoffe zu identifizieren, zu verhindern, abzumildern und transparent zu bewältigen.

Amnesty International fordert Staaten auf:

- in den letzten 100 Tagen des Jahres 2021 alle überschüssigen Covid-19-Impfstoffvorräte an Länder mit niedrigem und mittlerem Einkommen, vorzugsweise über internationale und regionale Mechanismen wie COVAX, zu verteilen, und sicherzustellen, dass die Impfstoffzuteilung auch im Jahr 2022 und darüber hinaus gerecht ist.
- Maßnahmen umzusetzen, auch gesetzlich, um Impfstoffentwickler daran zu hindern, den Zugang zu Corona-Impfstoffen einzuschränken.
- C-TAP zu unterstützen und mit den nötigen Mitteln zu versehen; und sich für offene und nicht-exklusive Lizenzen einzusetzen, die auch die Weitergabe von technischem Wissen abdecken.
- Impfstoffe über die Covax-Initiative zu beziehen, um eine gerechte Impfstoffvergabe sicherzustellen, die auf menschenrechtlichen Überlegungen basiert wie z. B. dem Ausmaß der Pandemie, der Funktionsfähigkeit des Gesundheitssystems und der Impfquote im jeweiligen Land.
- Alle benötigten Maßnahmen zu ergreifen, um andere Länder dabei zu unterstützen, nach Erhalt der Impfdosen wirksame und faire Impfkampagnen vorzunehmen.
- Den Geist der Erklärung von Doha zum TRIPS-Abkommen und zur öffentlichen Gesundheit (2001) zu respektieren und Initiativen für den verbesserten Zugang zu Produkten zum Schutz gegen Covid-19 wie den bei der WHO eingereichten TRIPS-Waiver zu unterstützen, und den vorhandenen TRIPS-Spielraum ohne unnötige Verzögerungen auszuschöpfen.
- Die staatlichen Zuwendungen für Unternehmen transparent zu gestalten und an folgende Bedingungen zu knüpfen: die Weitergabe von geistigem Eigentum und technischem Wissen; die Teilnahme an globalen Mechanismen für die gerechte Verteilung von Impfdosen und den Austausch von Technologien, wie z. B. C-TAP; und die zeitnahe und barrierefreie Veröffentlichung der aufgeschlüsselten Kosten von Forschung, Entwicklung, Produktion, Marketing und Vertrieb sowie anderer relevanter Daten.
- Impfstoffentwicklern vertragliche Flexibilität bezüglich Lieferfristen zu gewähren, damit Impfstoffe z. B. im Fall von plötzlichen Corona-Ausbrüchen, die schnell bewältigt werden müssen, zeitnah in die entsprechenden Risikogebiete ausgeliefert werden können.
- Die Vertragsbedingungen mit Impfstoffentwicklern offenzulegen, einschließlich Finanzierung, Frühbezug und Bezugsvereinbarungen.
- Bemühungen zur Reform der Vorschriften über geistige Eigentumsrechte zu unterstützen, um den universellen Zugang zu lebenswichtigen Medikamenten zu gewährleisten.